



## KRISE IN PORTUGAL

Jetzt gehen auch die Studierenden auf die Straße: Die Bevölkerung protestiert gegen ein neues 3,9 Milliarden Euro Sparpaket.

► Seite 4/5



## OPPOSITION GESUCHT

Ins Parlament gewählt, aber nur selten da: Weil Listen nicht zur StuPa-Sitzung kommen, müssen wichtige Beschlüsse vertagt werden.

► Seite 7

## AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:

► [www.akduell.de](http://www.akduell.de)

## Edeka rettet die Wale nicht

Die deutsche Supermarktkette Edeka wird wegen ihrer Beziehungen zu einer isländischen Walfangflotte hart kritisiert. In den selben Fertigungshallen, in denen das Walfangunternehmen Hvalur hf Fleisch von Meeressäugern weiterverarbeitet, werden Fischprodukte für Supermärkte in der Bundesrepublik abgepackt. Rund 200.000 Menschen hatten Edeka daher in einer Online-Petition aufgefordert, die Handelsbeziehung zu beenden. Bislang erfolglos.



(Foto: Loaf/flickr.com, CC BY-NC 2.0)

Die Online-Petition „Edeka und das Walmassaker“ auf Avaaz.org fordert den Unternehmenschef Markus Mosa auf, „unverzüglich alle Einkäufe bei Deutsche See und Iceland Seafood einzustellen, da einige dieser Produkte von der Firma HB Grandi stammen, die das Massaker an bedrohten Walen in Island fördert.“ Kristjan Loftsson, Vorstandsvorsitzender der Firma HB Grandi, ist gleichzeitig Chef der Walfangfirma Hvalur hf, und damit die direkte Verbindung beider Geschäftsbereiche.

Die isländische Firma tötete von Januar bis August 2013 bereits 89 Finnwale. Bis zum Ende des Jahres sollen es 184 Tiere werden. Die zweitgrößte Walart gilt weltweit als gefährdet. Als die Meeressäuger in der Vergangenheit nahezu ausgerottet waren, beschloss die Internationale Walfangkommission (IWC), den kommerziellen Handel zu stoppen, bis sich die Bestände wieder erholt haben. Heute liegen Populationschätzungen zwischen 40.000 und

70.000 weltweit existierenden Tieren. Im Jahr 2006 brach Island das Abkommen und erlaubte es isländischen Unternehmen, wieder Finnwale zu jagen. Verwendungsgrund dafür war die beginnende Wirtschaftskrise im Land. Danach hatte die Regierung fünf Jahre lang bis zu 150 Wale per Quote zum Schlachten frei gegeben.

### Walfleisch im Hamburger Hafen gestoppt

Die Jagd auf Finnwale ist auch in Island alles andere als unumstritten. In den Jahren 2011 und 2012 wurde die Jagd sogar abgesagt, da Tonnen von Walfleisch aus der letzten Saison wegen mangelnder Nachfrage vergammelt waren. Die frühere Notlösung hat sich schlicht nicht mehr gelohnt.

Seitdem die Hvalur-Flotte den Fang in diesem Jahr wieder aufgenommen hat, hagelt es Protestaktionen. Der Protest richtet sich zumeist gegen den internationalen Handel. Denn für Walfleisch gibt es in Island selbst kaum einen

Markt, sondern nur in anderen Ländern, beispielsweise in Japan. Daher werden Transithäfen immer wieder Schauplätze von Protestaktionen. So in diesem Jahr auch in Hamburg: Im Juli wurde dort ein Containerschiff, das tonnenweise isländisches Walfleisch nach Japan verschiffen sollte, von Greenpeace-Aktivist\*innen erfolgreich blockiert.

### Edeka: keine Unterstützung für kommerziellen Walfang?

Für den größten deutschen Supermarkt-Verband ist das trotzdem kein Grund, die Geschäftsbeziehungen nach Island zu überdenken. In einer Stellungnahme erklärt der Konzern, er unterstütze keinen kommerziellen Walfang. Allerdings heißt es weiter: „Ein genereller Boykott isländischer Fischereien würde auch Betriebe treffen, die keinen Walfang, aber seit Jahren ein nachhaltiges Fischerei-Management betreiben, sowie darüber hinaus auch andere Branchen“, so ein Sprecher des

Unternehmens. Auf die personalen und räumlichen Überschneidungen des eigenen Zulieferers mit den dem Walfang-Unternehmen Hvalur hf geht Edeka dagegen nicht ein.

### Niederlande: Anlegestopp für tote Meeressäuger

Die Ersteller\*innen der Petition beißen also bisher bei Edeka auf Granit. Kürzlich konnten die Aktivist\*innen jedoch einen Erfolg verzeichnen. Mit einer vorangegangenen Unterschriftensammlung hatten fast 1,2 Millionen Menschen die niederländische Regierung aufgefordert, kein Walfleisch über ihre Häfen in die Welt zu verschiffen. Sharon Dijksma, niederländische Staatssekretärin für Wirtschaft, versprach daraufhin, für den Hafen in Rotterdam einen Transferstopp zu erwirken. Außerdem wolle sie auch mit anderen Häfen in der EU zusammenarbeiten, damit auch dort keine mit Meeressäugern beladenen Container anlegen können. [mac]

**DER EKELBARON  
MELDET SICH ZU WORT****Die Waffe der  
Integration**

Es ist uns lange ein Rätsel geblieben, wie der Bürger einerseits mit seiner antichristlichen Philosophie gegen die Schöpfung aufbegehren kann, andererseits aber weiterhin die Fahne des Christentums hoch hält. Uns ist dadurch bewußt geworden, daß das Bürgertum einst die Kirche mit ihrer eigenen Waffe geschlagen hat, und zwar mit der Waffe der Integration.

Die Kirche hatte die geistige Herrschaft über ganz Europa errungen, indem sie einerseits die Ketzerei mit der nötigen Härte bekämpfte, andererseits aber auch integrierte. Feste und Kulte, die der eigenen Tradition widersprachen, wurden der Lehre gemäß umgedeutet und wanderten schließlich in die eigene Kulturschatzkammer.

Als der Bürger nun emporkam, war er zu feige, sich offen gegen Throne und Kirchen zu stellen. Als besseren Herrscher sah man sich allemal, sich gleich noch als besseren Gott anzuempfehlen, hätte als überdehnt gelten können. Also bog der Bürger sich das Christentum zurecht, wie es seinen Bedürfnissen entsprach. Im Wesentlichen müssen dies wohl finanzielle Bedürfnisse gewesen sein. Wo der Christ etwa die Wintersonnenwende zum Weihnachtsfest gemacht hatte, machte der Bürger das Fest zum Konsumspektakel.

Mit der Waffe der Integration gelang es dem Bürgertum schließlich, die Religion zu Tode zu umarmen und ihre Frohe Botschaft grotesk zu verfremden. Heutige Religiosität ist selten mehr als ein bürgerliches Kitsch-Produkt, das zu feierlichen Anlässen hervorgeholt wird.

**Hochachtungsvoll,  
Friedrich von Einhalt**

# Erneuter Widerstand gegen Outlet

**In Duisburg wird seit fast zwei Jahren der Bau eines Factory Outlet Centers durch den Stadtrat parteiübergreifend vorangetrieben. Immer wieder protestieren die Anwohner\*innen rund um das zukünftige Factory Outlet Center (FOC) im Duisburger Norden. Nun regt sich auch Widerstand innerhalb der Linkspartei Duisburg – obwohl die eigene Ratsfraktion den Bau als Teil des rot-rot-grünen Ratsbündnisses bisher unterstützt.**

Die Bürgerinitiative Zinkhüttenplatz machte am Montag, den 11. November auf ihrer Demonstration vor dem Duisburger Rathaus mächtig Lärm, um die stattfindende Ratssitzung zu übertönen. Die Anwohner\*innen der Zinkhüttenansiedlung wehren sich bereits seit über zwei Jahren gegen den geplanten Bau des FOC. Denn das geplante Outlet wäre riesig: Die Ladenfläche würde in der ersten Stufe 19.000 Quadratmeter umfassen und sollte ursprünglich bis Oktober 2013 realisiert werden. Das Gesamtprojekt mit 31.000 Quadratmetern wäre im Jahr 2017 fertiggestellt worden. Für den Bau des Outlets müssten bis zu 400 Wohnungen abgerissen werden.

**Kritik vor Planungsbeginn**

Schon vor Beginn der Planung hatte das Projekt harte Kritik einstecken müssen. Bereits 2010, als das Factory Outlet Center nur eine Idee war, warnte die niederrheinische Industrie- und Handelskammer (IHK) vor einem Bau. Dieser würde einen „Rückschlag für Duisburgs aufblühende City“ bedeuten, da es die Aufmerksamkeit der Kundschaft wegziehe. „Mit dem Standort Marxloh für ein Factory Outlet Center setzt die Stadt Duisburg definitiv auf das falsche Pferd“, erklärte der Geschäftsführer der IHK Duisburg-Wesel-Kleve, Dr. Stefan Dietzfelbinger.

Trotzdem hatte der Eigentümer der Wohnungen, die Immeo, bereits begonnen, die Mieter\*innen mit einem Umzugsmanagement aus den Wohnungen in der Siedlung rund um die Straße „Am Zinkhüttenplatz“ zu locken. Und das, obwohl immer wieder Gerüchte die Runde machten, der Investor Roger Sevenheck sei nicht mehr solvent. Die Bürgerinitiative kritisiert, er sei nicht im Stande, seine Bonität zweifelsfrei nachzuweisen. Außerdem sollen etliche Strafverfahren gegen Sevenheck



Hier soll das Outlet entstehen: Die Zinkhüttenansiedlung in Duisburg. (Foto: sabi)

laufen. Sevenhecks Pressesprecherin Barbara Vogt betonte die Bonität ihres Chefs – Haftanordnungen gegen ihn seien teilweise aufgehoben oder stünden nicht in Verbindung mit Duisburg.

**Gezerre und Verzögern**

Seit zwei Jahren geht es so von einem Eröffnungstermin zum nächsten. Mal gibt es Probleme mit dem Investor, dann muss der Bauplan des Outlet Centers, das wie ein kleines Dorf aussehen soll, ergänzt werden. Dazu kommen große Baustellen in der Verkehrsplanung: Die meisten Besucher\*innen würden über die A 59 anreisen. Für eine der chronisch verstopften Hauptverkehrsachsen im Ruhrgebiet eine erhebliche Mehrbelastung. Für die Bewohner\*innen der Siedlung sei das „ein unerträgliches Gezerre und unverantwortliches Verzögern des Verfahrens, dass auf Kosten von uns Bewohnern ausgetragen wird – und das alles für ein Projekt, für das es niemals Planungsrecht geben kann“, erklärt Helmut Mattern, Sprecher der Initiative Zinkhüttenplatz.

Trotzdem ist sich der Investor nach wie vor sicher, dass das Projekt realisiert wird: „Das FOC wird definitiv realisiert. Derzeit laufen konstruktive Gespräche auch mit den Grillo-Verken im Hintergrund, und Herr Sevenheck ist allen Gerüchten zum Trotz solvent. Wir rechnen fest mit Baubeginn Ende dieses Jahres und der Fertigstellung des ersten Bauabschnitts Ende 2014“, erklärte die Pressesprecherin gegenüber Claudia Brück im Lokalkompass.

Seltsamerweise haben sich viele

Parteien mit den Anwohner\*innen solidarisiert, obwohl sie gleichsam im Rat den Bau des FOC vorantreiben. Auch die Linkspartei, die mit sechs Sitzen im Stadtrat vertreten ist, unterstützte bisher den Bau des FOC. Das begründet der Großteil der Duisburger-Parteien mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze im fast 40.000 Quadratmeter geplanten Outlet. Doch Arbeitsplätze die im Einzelhandel geschaffen werden, sind heutzutage zutiefst prekär: Minijobs, Teilzeit, Löhne unter 8 Euro. Warum dies von einer angeblich linken Fraktion mitgetragen wird, ist unklar.

Auf der Jahreshauptversammlung verabschiedete der Duisburger Kreisverband jetzt deshalb einen Antrag gegen den Bau des FOC. Das Papier, das basisdemokratisch von allen aktiven Mitgliedern verabschiedet worden ist, wäre nun auch für die Outlet-befürwortende Ratsfraktion bindend. Sie wird darin unmissverständlich aufgefordert, „klare Kante“ gegen das Großbauprojekt zu zeigen. Ob die Fraktion das nun umsetzen wird ist fraglich, denn immer wieder kommt es zu Streitereien zwischen Fraktion und Partei. So verließ die Fraktion auch die Mitgliederversammlung vorzeitig.

Der ungebrochene Widerstand der Anwohner\*innen gegen ihren „neuen Nachbarn“ konnte dagegen schon einen Erfolg verbuchen. Proteste gegen Zwangsräumungen und den Verkauf ihrer Wohnungen führten dazu, dass die Immobiliengesellschaft, der ein Großteil der Häuser gehört, vom Kaufvertrag mit DOUVIL, dem Bauherrn des FOC, zurücktrat. [DanKe]

# Rechtes Massentreffen in Oberhausen

Tausende türkischstämmige Faschist\*innen sind im Ruhrgebiet zusammengekommen: Am Samstag haben sich die ultranationalistischen „Grauen Wölfe“ in der Arena Oberhausen zu ihrem „Deutschlandtreffen“ getroffen. Bereits 2005, 2007, 2009 und 2011 feierten sich die türkischstämmigen Rechten mit einer Massenveranstaltung im Ruhrgebiet, dieses Jahr zum dritten Mal in Oberhausen. Am Wochenende regte sich mit einer Mahnwache jedoch erstmals praktischer Widerstand gegen das rechte Großevent.

Im Vorfeld der Versammlung hatte der Oberhausener Stadtrat auf Initiative der Linkspartei eine Resolution beschlossen, die das rechte Massentreffen kritisiert. „Der Rat wendet sich gegen Rechtsextremismus jeglicher Art und protestiert deshalb gegen die geplante Hauptversammlung in Oberhausen“, heißt es in dem Schreiben. Mit dem Beschluss forderten fast alle im Rat vertretenen Parteien die SMG Entertainment Deutschland GmbH als Betreiberin der Arena dazu auf, die Versammlung abzusagen. Lediglich die FDP wollte sich dem Antrag nicht anschließen. Die Betreibergesellschaft solle sich am Essener Beispiel orientieren, denn dort haben die türkischen Nationalist\*innen in den Gruga-Hallen Hausverbot, erklärte die übergroße Ratsmehrheit. „Wir sind froh, dass es in Oberhausen einen breiten Konsens gegen Rassismus gibt“, sagte der der Fraktionssprecher der Linken



Flaggen der MHP, der Mutterpartei der extrem rechten Grauen Wölfe. (Foto: Darwinek/Wikimedia.Commons, CC BY-SA 3.0)

Liste Oberhausen Yusuf Karacelik. Die Veranstaltung fand allerdings trotzdem statt.

## Aufruf zum Protest

Benjamin Schwenk ist 38 Jahre alt, Informatiker und mit Politik und Demonstrationen hatte er bis vergangene Woche wenig zu tun. Trotzdem meldete der Kölner unter dem Motto „Schluss mit dem Geheule – Graue Wölfe unerwünscht!“ eine Mahnwache vor der Arena in Oberhausen an. Er begründet seinen Schritt damit, dass sich bisher zu wenig Menschen gegen die Grauen Wölfe engagieren und das sonst niemand anders eine Mahnwache angemeldet hätte. Die ersten, die

den Aufruf unterstützen, waren der Grüne Landtagsdirektandidat Andreas Blanke und der Oberhausener Landtagsabgeordnete der Piraten Daniel Düngel.

## Ausbaufähige Beteiligung

Zur Kundgebung kamen allerdings nur knapp 30 Personen. Trotzdem werten die Teilnehmer\*innen die Mahnwache als Erfolg. „Damit haben wir das erste Mal überhaupt bewiesen, dass Gegenaktionen möglich sind. Wir haben uns von den massiven Drohungen im Vorfeld nicht einschüchtern lassen“, erklärt Sahin Aydin, Mitglied der Internationalen Linken Liste in Bottrop.

„In Oberhausen gibt es keinen Platz für Faschist\*innen egal welcher Couleur, und darum leisten wir Widerstand“, erklärt Linksjugend Solid Aktivist Jasper G.

## Ursprung der Grauen Wölfe

Die Grauen Wölfe sind eine Vorfeldorganisation der extrem rechten türkischen Partei MHP, die sich 1961 gründete. In Deutschland sind die Grauen Wölfe in der „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ und der „Türkischen Föde-

ration“ organisiert. Das Symbol des Grauen Wolfs stammt aus der türkischen Mythologie. Bereits zur Gründungszeit der Organisation in den 1960er Jahren hetzten die Mitglieder der MHP gegen Kurd\*innen, Jüd\*innen, Christ\*innen, Armenier\*innen, Kommunist\*innen und Griech\*innen. Das Ziel der Bewegung ist ein pantürkischer Staat, der vom Balkan bis in die zentralasiatische Steppe hineinreicht. Um beizutreten, leisten Anhänger\*innen einen Fahnschwur, der deutschen nationalistischen Schwüren nahe kommt: „Unser Kampf geht weiter, bis die nationalistische Türkei, bis Turan (Pantürkischer Staat), erreicht ist.“

Alleine in Deutschland zählen die Grauen Wölfe mehr als 7.000 Anhänger\*innen – zum Vergleich: Die NPD hat insgesamt 5.000 Parteimitglieder. Hierzulande existieren mehr als 150 lokale Vereinigungen, die Hälfte davon ist im Ruhrgebiet angesiedelt. In den 1990ern hatten die neofaschistischen Vereine ihr mediales Debüt in Deutschland. Einem Mitglied der Organisation wird der Mord an einem türkischstämmigen linken Aktivist zugeschrieben. [DanKe]



Erkennungszeichen der Grauen Wölfe: Der Wolfsgruß. (Foto: DanKe)

# Portugal: Mit der Troika weiter durch die Krise?

In Portugal ergreift die landesweite Protestwelle gegen die Kürzungspolitik nun womöglich auch die Universitäten. Für diesen Dienstag (nach Redaktionsschluss) haben Studierende zu einer Demonstration in Lissabon aufgerufen. Sie protestieren gegen Einschnitte von 3,9 Milliarden Euro im kommenden Staatshaushalt – die härtesten Sparmaßnahmen in Portugal seit 45 Jahren. Alleine den Universitäten sollen erneut mehr als 80 Millionen Euro staatlicher Finanzierung gestrichen werden – obwohl die Ausgaben für höhere Bildung bereits in den vergangenen drei Jahren um 330 Millionen Euro gesenkt worden sind, um den Kürzungsaufgaben der Troika nachzukommen.

Demonstrationen, Streiks, Proteste: Es ist unruhig in Portugal, seitdem die aktuellen Kürzungspläne auf dem Tisch liegen. In Lissabon, Porto und zwölf weiteren Städten haben sich Zehntausende unter dem Motto „Zum Teufel mit der Troika“ versammelt. Sie forderten den Rücktritt der Mitte-Rechts-Regierung von Ministerpräsident Pedro Passos Coelho sowie eine Rücknahme der massiven Kürzungspläne.

## Schulen und Krankenhäuser dicht

Schon am 8. November hatten die Beschäftigten landesweit Schulen und Krankenhäuser lahmgelegt, auch die Müllabfuhr fuhr nicht. Gleichzeitig hatten die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe, Eisenbahnen und Fähren gestreikt. Ende Oktober verweigerten bereits die Mitarbeiter\*innen der Post aus Protest gegen die Privatisierung des Staatsbetriebs die Arbeit. Und die nächsten Streiks sind schon angekündigt: Am 26. November wollen die Bahnarbeiter\*innen erneut den Verkehr im gesamten Land zum Erliegen bringen, und am 18. Dezember werden die Lehrer\*innen landesweit streiken.

Die von der portugiesischen Regierung vorgelegten Pläne, gegen die sich die Proteste richten, sind drastisch: Alle Staatsbedienstete, die 600 Euro oder mehr pro Monat verdienen, sollen Lohnkürzungen von weiteren zwölf Prozent hinnehmen. Wer über 2.000 Euro verdient, soll 35 Prozent einbüßen. Damit setzt die Regierung die Verarmungspolitik im bereits jetzt ärmsten Land Westeuropas fort: Schon in den vergangenen fünf Jahren sind die Löhne in Portugal um durchschnittlich 20 Prozent gesunken, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor. Parallel dazu wurde die Mehrwertsteuer von 13 auf 23 Prozent erhöht – auf den höchsten Wert im Euroraum. Ebenso wurde die Einkommenssteuer kräftig erhöht, und Sozialabgaben, die früher von den Arbeitgeber\*innen bezahlt wurden, müssen die Beschäftigten inzwischen selbst tragen. Drei Urlaubs- und vier Feiertage wurden gestrichen, Überstundenzahlungen reduziert. Erst im Mai hatte die Regierung den Abbau von weiteren 30.000 Stellen im öffentlichen Dienst angekündigt, und die Ausweitung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 40 Stunden sowie eine Anhebung des Renteneintrittsalters durchgesetzt.



(Foto: rvr)

Die Dauer und die Höhe des Arbeitslosengeldes gekappt wurden bereits zuvor empfindlich gekappt.

Die Folge der Kürzungspolitik: Schon heute erhalten 43 Prozent der Arbeitslosen in Portugal überhaupt keine staatliche Unterstützung mehr, sind also auf Hilfe von Familienmitgliedern, Suppenküchen, Hausbesetzungen und Armenhilfe angewiesen, um überhaupt überleben zu können. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt mit 37 Prozent inzwischen fast fünf mal so hoch wie in Deutschland.

## Umstrittene Auflagen

Mit der drastischen Kürzungspolitik erfüllt die portugiesische Mitte-Rechts-Regierung Auflagen der so genannten Troika: Das Gremium besteht aus Vertreter\*innen der Eu-

ropäischen Zentralbank (EZB), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission. Es diktiert den überschuldeten EU-Ländern die Bedingungen, unter denen sie Mittel aus dem milliarden-schweren EU-Rettungsprogramm abrufen können. Im Falle von Portugal geht es um insgesamt 78 Milliarden Euro, von denen das Land inzwischen gut 90 Prozent abgerufen hat. Kritiker\*innen werfen der Troika vor, dass die im Gegenzug verlangten massiven Sozialkürzungen und Privatisierungen die Krise nicht bekämpfen, sondern in den betroffenen Ländern deutlich verstärken. Weitgehend unumstritten ist, dass die durch die Troika-Auflagen entstandene Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitig fehlenden Per-

## TIPPS & TERMINE



### MITTWOCH, 20.11.

#### Abstract Beats Session

Stefan Mühlenkamp (Drums) und Dennis Glettenberg (Bass) jammen jeden dritten Mittwoch im Monat mit weiteren Musiker\*innen im DJäzz. Das vielfältige Programm bewegt sich zwischen Jazz, Funk und moderner Tanzmusik, kommt aber ganz ohne Computer aus.

► Ab 21 Uhr, DJäzz Duisburg, Eintritt frei

### MITTWOCH, 20.11.

#### Offenes Antifa-Café

Im AZ Mülheim können sich Antifaschist\*innen aus der Region auch diesen Monat wieder austauschen und vernetzen. Dazu gibt es diese Woche einen Vortrag zum Thema „Fantifa – Feministische Perspektiven antifaschistischer Politik.“

► Ab 18 Uhr, AJZ Mülheim

### DONNERSTAG, 21. 11.

#### Fachschaftsparty Soziale Arbeit

Unter dem Motto „Sozial arbeiten, sozial feiern!“ steigt in der Essener Rock-Disco Turock wieder einmal die beliebte Party der Fachschaft Soziale Arbeit. Für die ersten 150 Gäste gibt es ein Freibier.

► Ab 22 Uhr, Turock Essen, Eintritt 2 Euro + 5 Euro Mindestverzehr

spektiven und zerstörten sozialen Sicherungssystemen große gesellschaftliche Verwerfungen zur Folge hat. Bereits im Jahr 2011 haben einem internen Regierungspapier zufolge 150.000 hauptsächlich junge Portugis\*innen das Land verlassen und sind ausgewandert – ein Massenexodus für ein Land mit nur 10,5 Millionen Einwohner\*innen. Erst kürzlich präsentierte die Internationale Arbeitsorganisation ILO eine Studie, nach der die Lebenszufriedenheit in Portugal die niedrigste im gesamten Euroraum ist.

### Zukunft ungewiss

Seit 2011 ist Portugal durch die Flucht unter den so genannten EU-Rettungsschirm von den Entscheidungen der Troika abhängig. Seitdem gab sich die Regierung unter Pedro Passos Coelho alle Mühe, die Kürzungsforderungen von IWF, EZB und EU-Kommission möglichst überzuerfüllen, und damit als „Musterschüler“ unter der Schuldenstaaten zu gelten – koste es, was es wolle. Insgesamt fünf Generalstreiks gegen die Einschnitte hat es in Portugal bisher gegeben. Im Vergleich etwa zu Griechenland blieb die Situation im äußeren Westen Europas angesichts der massiven Folgen jedoch ruhiger. Trotz Massenprotesten, an denen sich zum Teil landesweit Hunderttausende beteiligten, gab es aus Portugal kaum gewalttätige Auseinandersetzungen zu vermelden. Ob dies bei anhaltender Zuspitzung der Lage so bleibt, das bleibt abzuwarten. Unklar ist auch, ab dem kommenden Sommer weiter geht, wenn die Mit-

tel des EU-Hilfspakets verbraucht sind und sich Portugal notwendige Kredite wieder an den Finanzmärkten besorgen muss. Während die konservative Regierung diesen Zeitpunkt als Rückkehr zur eigenen staatlichen Souveränität herbei sehnt, ist noch längst nicht ausgemacht, dass es zu keinem zweiten Rettungspaket kommt. Denn für Staatsanleihen müsste Portugal aktuell noch deutlich mehr Zinsen zahlen, als sich das Land leisten kann. Welche Auflagen EZB, IWF und EU-Kommission für ein weiteres Rettungspaket machen könnten, nachdem die staatlichen Betriebe ja bereits privatisiert und soziale Sicherungssysteme weitgehend abgebaut sind, darüber wollen manche in Portugal aktuell lieber nicht nachdenken. [rvr]



„Die Sparpolitik spart nicht, sie kürzt!“ (Foto: rvr)

### MEHR ZUM THEMA:



In seinem unlängst erschienenen Buch „Nelkenrevolution reloaded?“ zeichnet der Politikwissenschaftler und Aktivist Ismail Küpeli zuerst die Entwicklung des politischen Systems in Portugal seit dem Ende der Diktatur 1974 nach. Anschließend untersucht er Portugal als „Brennpunkt der kapitalistischen Krise in Europa“. Dabei nimmt er die neoliberale Krisenpolitik ebenso unter die Lupe wie die Protestformen und Forderungen der sozialen Bewegungen, die sich gegen die Kürzungspolitik wehren. In der Untersuchung wird auch die autoritäre Wende in der EU sichtbar. Vor allem aber richtet sich der Blick auf neue Möglichkeiten sozialer Opposition jenseits von Parteipolitik und Wahlkämpfen.

Ismail Küpeli  
**Nelkenrevolution reloaded?**  
 Krise und soziale Kämpfe in Portugal  
 96 Seiten, 9,80 Euro  
 edition assemblage 2013

### FREITAG, 22.11.

#### Swing and Beton

„Ein Spektakel der Sonderklasse“ verspricht das Team von Swing and Beton zum zweijährigen Jubiläum. Neben Live-Performances von Botticelli Baby und dem Konfetti Klub Ensemble gibt es Swing-Klassiker zu hören.

► Ab 22 Uhr, Goethebunker Essen

### SAMSTAG, 23.11.

#### Verschiedene Geschmäcker

Am Wochenende bietet die Druckluft zwei Party Möglichkeiten. Bei der Stratosphäre wird Electro von DJ Breger gespielt und Grenzen ausgetestet. Die Hipville Revue Party bietet Swing/Ska/Soul/Funk Party auf 3 Floors.

► Ab 23 Uhr, Druckluft Oberhausen

### MONTAG, 25.11.

#### Chile lebt

Maya Fernández Allende, die Enkelin der 1973 gestürzten chilenischen Präsidenten, wird über die aktuellen Präsidentschaftswahlen und Parlamentswahlen in Chile und die Entwicklung seit dem Putsch berichten.

► Ab 18 Uhr, Auslandsgesellschaft Dortmund, Steinstr. 48

### DIENSTAG, 26.11.

#### Queer und (Anti-) Kapitalismus

Kürzlich berichteten wir bereits über das neue Buch von Heinz-Jürgen Voss und Salih Alexander Wolter. Nun kommt Voss auf Einladung des Autonomen Frauenreferats an die UDE um das Buch vorzustellen und zu diskutieren.

► Ab 18 Uhr, Campus Essen V15 R03 H55

# Handeln für Morgen

**Der Name Felix Finkbeiner ist den Meisten bisher noch kein Begriff, denn er ist weder Sportler noch Politiker. Doch er engagiert sich bereits seit sechs Jahren politisch für den Klimaschutz. Und das, obwohl er erst in drei Jahren wählen darf. Für alle, die das kleine Rechenspiel erraten haben: Richtig, es ist die Rede von einem 15-jährigen Jungen. Dieser allerdings hat bereits vor den Vereinten Nationen gesprochen, Kofi Annan getroffen und eine Schülerinitiative gegründet, der Kinder auf der ganzen Welt angehören.**

Die Welt mit Kinderaugen sehen – oft ist damit gemeint: „Es ist alles nicht so kompliziert und schlimm“. Im Falle von Felix Finkbeiner ist es anders herum. 2007 hat der damals neunjährige Felix sich aufgrund eines Referats in der Schule über den Klimawandel und seine Folgen informiert. Damals beendete er sein Referat mit den Worten: „Lasst uns in jedem Land der Erde eine Million Bäume pflanzen“. Er beschäftigte sich darüber hinaus intensiv mit dem Thema und gründete dann die Organisation „Plant for the Planet“ – eine mittlerweile weltweite Kinderbewegung für den Klimaschutz. Klingt wie eine Märchengeschichte und reichlich weit hergeholt? Das mag man beim ersten Hören durchaus denken.

## Einen Anfang finden

Schaut man sich jedoch die zahlreichen YouTube-Videos an, in denen Felix erklärt, wie er und viele andere Kinder für den Klimaschutz eintreten, gewinnt das Projekt an Authentizität. Trotzdem ist Felix bestimmt kein gewöhnliches Kind und seine reife und informierte Haltung nicht alltäglich. Doch nach vielen Nachfragen bei und Gesprächen mit Klimaexpert\*innen wurde ihm bewusst, dass er sich für seine Generation und kommende Generationen engagieren möchte.

Gerade weil Felix Finkbeiner die Klimasituation sehr kritisch sieht, probiert er Lösungen zu finden und dabei hatte er mit seinem kindlichen Gemüt eine einfache Idee: Bäume pflanzen und das weltweit. Eine Streitschrift mit dem Titel „Alles würde gut – Wie Kinder die Welt verändern können“ veröffentlichte der mittlerweile 15-jährige Felix Finkbeiner im März 2013, um seine Ideen zusammen zu fassen. In dieser schildert er die Sicht der Kinder und versucht sich an Lösungsansätzen. Das Buch lässt sich aufgrund der geringen Seitenzahl schnell lesen und kostet nur einen Euro. Für jedes

fünfte verkaufte Exemplar wird ein weiterer Baum gepflanzt. Mittlerweile hat die Organisation bereits mehr als 12,6 Milliarden Bäume gepflanzt. Denn: „Bäume sind die einzigen Systeme, die das für die Klimakrise verantwortliche Treibhausgas CO<sub>2</sub> binden“ heißt es in Finkbeiners Streitschrift.

Die Klimagipfel, die es seit vielen Jahren gibt und die selten zu Ergebnissen führen, kritisiert Felix: „Seit fast zwei Jahrzehnten versprechen die Erwachsenen, dass die Temperatur um nicht mehr als 2°C ansteigen wird und verhandeln über das Klima“. Er sagt weiter, dass dieses Versprechen im Dezember 2011 gebrochen wurde, denn da sei auf der Klimakonferenz in Durban verkündet worden, dass es erst 2020 einen neuen Vertrag zum Klimaschutz geben würde. Das würde bedeuten, dass alle Länder weitere sieben Jahre Treibhausgase „rauspusten“ können, wie sie möchten. Wird der Schwellenwert von 2°C nicht eingehalten und die Durchschnittstemperatur würde auf 2,4°C ansteigen, so würde laut Finkbeiner beispielsweise das Grönlandeis vollständig schmelzen und einen Anstieg des Meeresspiegels von sieben Metern bewirken.

## Nachhaltigkeit – ein dehnbare Begriff?

210 Mal verwenden die vier deutschen Atomkonzerne den Begriff Nachhaltigkeit auf ihren Internetseiten. Für Felix Finkbeiner ist klar: „Unternehmen brauchen keine Abteilungen für Nachhaltigkeit, sondern Nachhaltigkeit muss das Ziel jedes Unternehmens sein“. Das Prinzip, möglichst viel Geld zu machen und nicht an die kommenden Generationen zu denken, wie es zum Beispiel bei der Nahrungsmittelspekulation betrieben wird, steht im Widerspruch zu der Bedeutung von 1713, mit der der sächsische Oberberghauptmann Carl von Carlowitz das Prinzip der Nachhaltigkeit



begründete: Alles was geerntet wird, verdankt man der Arbeit der Vorfahren. Alles was sie arbeiten, tun sie für die nachfolgenden Generationen. Nach diesem Vorbild „gäbe es weder Atomkraft, noch das Verbrennen fossiler Energieträger“, so Finkbeiner.

## Schokolade essen für den Klimaschutz

Eine weitere Aktion von „Plant for the Planet“ ist der Verkauf der „Guten Schokolade“. Mittlerweile ist sie in vielen Supermarktketten wie Edeka, Rewe oder Kaufland erhältlich und hat in Bio-Herstellung in dm-, tegut- sowie Alnatura-Läden eine weite Reichweite. Pro drei verkauften Tafeln, die jeweils einen Euro kosten, pflanzt „Plant for the Planet“ einen weiteren Baum. „Stück für Stück die Welt retten“ ist der Slogan auf der fairtrade und klimaneutral hergestellten Schokolade. „Wir möchten, dass die Kinder der Kakaobauern zur Schule gehen können, anstatt für uns Kakaobohnen zu pflücken.“ Denn Kinderarbeit ist bei der Produktion von herkömmlicher Schokolade üblich. Außerdem wird bei der Herstellung von 100 Gramm Schokolade 300 Gramm CO<sub>2</sub> verursacht. Auf ihrer Internetseite erklärt „Plant

for the Planet“: „Die Schokolade ist VCS zertifiziert. Das bedeutet, dass die ganzen CO<sub>2</sub>-Emissionen, die entlang der Herstellungskette durch Transporte etc. entstehen, wieder an anderer Stelle gebunden werden, sprich: klimaneutral.“ Viele Kinder in Deutschland bestellten sich mehrere Tafeln der Schokolade und verkauften diese in Schulen oder machten das Konzept kleineren Läden schmackhaft.

Natürlich ist Klimaschutz nicht allein durch Bäume pflanzen oder den faireren Schokoladenverkauf getan, jedoch haben Bäume zusätzlich eine große symbolische Wirkung und auch bei dem süßen Luxusgut kann ein Umdenken beginnen. [Gerne]

## MEHR INFO:

► **Im Netz unter:**  
[www.plant-for-the-planet.org](http://www.plant-for-the-planet.org)

► **Schokolade und Bücher bestellen:**  
[www.globalmarshallplan-shop.org/de](http://www.globalmarshallplan-shop.org/de)

# Opposition spurlos verschwunden

Sitzungen des Studierendenparlaments (StuPa) an der Uni Duisburg-Essen dauerten in den vergangenen Jahren oft wegen ausufernden Diskussionen bis tief in die Nacht. In dieser Amtszeit verliefen die bisher fünf Sitzungen ungewohnt einmütig. Trotzdem mussten wichtige Entscheidungen immer wieder verschoben werden. Grund dafür: Von den 37 gewählten Parlamentarier\*innen waren stets zu wenige anwesend, um Änderungen der Satzung und der Beitragsordnung beschließen zu können.



Leeres Studierendenparlament. (Abbildung ähnlich/ Foto: mrjorgen/flickr.com, CC BY-NC-ND 2.0)

„Die Sitzung ist wichtig“, steht in fettgedruckten Lettern auf der Einladung zur Sitzung des Studierendenparlaments am kommenden Freitag. Aufgrund der durch den VRR beschlossenen Erhöhung der Beiträge für das Semesterticket müsse eine Änderung der Beitragsordnung noch dieses Jahr beschlossen werden. Bisher war dies nicht möglich gewesen, da zu wenige Parlamentarier\*innen zu den Sitzungen erschienen waren. Vor allem Vertreter\*innen der Oppositionslisten ließen sich selten sehen. In der vergangenen Sitzung Mitte Oktober verabschiedete das Studierendenparlament daher einstimmig eine Resolution, die die gewählten Studierendenvertreter\*innen auffordert, ihr Mandat wahrzunehmen oder über einen Rücktritt nachzudenken.

## Wo sind LAL, LSD und S-MfG?

Nachdem der Ring christlich demokratischer Studenten (RCDS) bei den letzten Wahlen im Juni völlig auf eine Kandidatur für das Studierendenparlament verzichtet hatte, bleiben nun auch Mitglieder der gewählten Opposition den Sitzungen fern. Laut einer Übersicht, die vom Präsidium des Studierendenparlaments veröffentlicht wurde, blieben die Sitze der Lehramtsliste (LAL) bisher bei jeder Sitzung leer. Auch die Liste Studierender Demokraten (LSD), sowie die Studierenden Muslime für Gerechtigkeit (S-MfG) fehlten in mehreren Sitzungen vollständig.

Die Resolution trägt die Unterschrift von Präsidiumsmitglied

Oliver Hahn, der für die Juso-Hochschulgruppe im Studierendenparlament sitzt. Im Oktober, als die Resolution abgestimmt wurde, war er einer von nur zwei anwesenden Oppositionsvertretern. „Das Studierendenparlament bittet die Mandatsträger\*innen, welche ihr Mandat bisher kaum oder gar nicht wahrgenommen haben, einen Rücktritt zu prüfen“, heißt es dort. Das Fernbleiben der Parlamentarier\*innen beeinträchtigt die Arbeit des Parlaments in nicht hinzunehmender Art und Weise. Deutlicher noch drückte es der AstA-Vorsitzende Felix Lütke auf Facebook aus: „Wenn man keine Zeit hat sein parlamentarisches Mandat wahrzunehmen, warum lässt man sich dann wählen? So wird die studentische Selbstverwaltung kaputt gemacht.“

## Opposition personell schlecht aufgestellt

Bereits vor der Wahl im Juni wurde deutlich, dass viele Listen personell schlecht aufgestellt sind. Während die Grüne Hochschulgruppe und die Linke Liste 21 bzw. 17 Kandidat\*innen aufstellen konnten, traten für LSD und S-MfG nur jeweils fünf Studierende an, für die LAL sogar nur vier. Auch die Jusos, die bei der vorherigen Wahl noch acht Sitze erreichen konnten, traten mit lediglich sieben Kandidat\*innen an. In der Konsequenz wurden schließlich alle sieben Jusos gewählt, was dazu führt, dass niemand übrig ist, um verhinderte Kandidat\*innen vertreten zu können.

Vertretungsberechtigt sind nämlich nur die Studierenden, die bei der Wahl mindestens eine gültige Zweitstimme erhalten haben. Ein Rücktritt bei den Jusos würde also dazu führen, dass das Parlament kleiner wird.

Die nächste Sitzung des Studierendenparlaments findet am Freitag ab 16.30 Uhr in Raum LF035 am Campus Duisburg statt und kann von allen Studierenden verfolgt werden. Ob die geplanten Änderungen von Satzung und Beitragsordnung letztlich durchgeführt werden können, lässt sich noch nicht absehen. Rücktritte sind beim Präsidium bisher ebenso wenig eingegangen wie Stellungnahmen der betreffenden Listen, die sich trotz Wahl selten im Parlament sehen lassen. [aGro]

## INFO:

### Prozentuale Anwesenheitszeiten bei den ersten fünf Sitzungen:

- ▶ GHG: 70,29 %
- ▶ Lili.SDS: 67,48 %
- ▶ Jusos: 35,13 %
- ▶ LSD: 7,48 %
- ▶ S-MfG: 11,44 %
- ▶ LAL: 0,00 %

▶ Gesamt: 48,93 %  
(Quelle: Präsidium des StuPa)

## KURZMELDUNGEN

### Jetzt doch Frauenquote

Nach langen Diskussionen soll sie jetzt doch kommen: Die gesetzliche Frauenquote in Aufsichtsräten. Das haben SPD und Union in Koalitionsverhandlungen beschlossen. Demnach sollen in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen ab 2016 mindestens 30 Prozent Frauen vertreten sein. Wird diese Quote nicht erreicht, bleiben Plätze in den Räten frei. Aus einer Tabelle des statistischen Bundesamts von 2012 geht hervor, dass die Frauenquote der Studienanfängerinnen bei knapp 50 Prozent liegt, jedoch liegt die Anzahl von Frauen in hochbesoldeten Professuren gerade mal bei 11,2 Prozent. Von einer Frauenquote, wie der im Bund, sind die deutschen Universitäten in wissenschaftlichen Führungspositionen also weit entfernt.

### Radioaktive Luftballons

Am vergangenen Samstag wurden an sechs AKWs von Anti-Atom Gruppen jeweils 500 Luftballons, die mit dem Zeichen für Radioaktivität bedruckt sind, steigen gelassen. Die Aktion fand symbolisch für die Dringlichkeit der Abschaltung um fünf vor 12 statt. Es soll verdeutlicht werden, dass der Radioaktivität keine Evakuierungszone von 10 Kilometer gesetzt werden kann. Um ein realistisches Bild von der möglichen Verbreitung radioaktiver Strahlung zu bekommen, ist die Bevölkerung aufgerufen nach den Luftballons Ausschau zu halten. Die an den Luftballons befestigten Karten sollen zurück geschickt oder im Internet der Fundstandort angegeben werden.

### aktuell Liebhaben

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren, zu Teilen und natürlich zum Liebhaben habt ihr auf:

unserer Facebook-Seite:

▶ [www.facebook.de/akduell](http://www.facebook.de/akduell)

und auf unserer Homepage:

▶ [www.akduell.de](http://www.akduell.de)

# Social networking im Real Life

**Am Wochenende noch nichts vor? Tipp von uns: Am Freitag, den 22. November heißt es: „Verdammt offen im Dancen!“ Die Party wurde organisiert von void und dem AstA und findet in den heiligen Hallen der Uni am Duisburger Campus statt. Auch wenn die Hackerspacegruppe void zur Party einlädt- es wird keine Lan-Party. Denn auch offline kann man Spaß haben. Die „Nerds“ am Campus feiern ab – seid ihr dabei?**

Kostenloser Eintritt auf Partys lockt viele Student\*innen, denn es ist für die meisten Nachaktivitäten, beispielsweise in Clubs, üblich, dass zu Beginn des Abends ein Eintritt von 5 bis 10 Euro gezahlt werden muss. Die Veranstalter\*innen von „Verdammt offen im Dancen“ haben das meist geringe Budget der Studierenden in Betracht gezogen. Neben dem freien Eintritt sind auch die Getränkepreise daran orientiert: Bier und Shots kosten 1,50 Euro, Longdrinks gibt es schon für 3 Euro.

Die Anspielung des Veranstaltungsnamens auf den Unislogan ist bewusst gewählt. „Das Motto der Uni „Offen im Denken“ mag gut und schön sein, aber studentisches Leben umfasst noch mehr. Der Name „Verdammt offen im Dancen“ ist also einerseits eine Anspielung auf das Motto der Uni und andererseits auf unseren Namen.“ sagt Julian Pollmann von void. Die Hochschulinitiative ist ein offener, studentischer Freiraum und Hackerspace am Duisburger Campus.

„Hier kann jeder chillen, diskutieren, Kaffee oder Mate trinken und eigene Ideen umsetzen. Im Laufe des letzten Jahres ist dieser



(Flyer: vOid)

Raum ein wichtiger Ort des Austauschs von Studierenden verschiedener Fachrichtungen am Campus geworden“, meint Julian.

Auf der Facebook-Seite heißt es „Offen im Denken war mal – Freitag wird der Kopf abgeschaltet und getanzt bis zum Morgengrauen!“ Allen Feierwütigen werden zwei Floors geboten: den AstA-Keller und die Chill Out Zone in der void-Lounge. Aufgelegt werden Electro, Funk und Soul von DJ Ben Postler und DJ Caldera. Zum Student\*innenleben gehören schließlich nicht nur Vorlesungen und Klausuren. Wir wünschen viel Spaß beim Feiern! [Gerne]

## IMPRESSUM

**ak[duell]** – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet  
**Herausgeber:** **ASTA** der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.  
**Projektkoordination:** David Freydank  
**Anschrift:** aktuell, c/o AstA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen  
**Redaktion dieser Ausgabe:** Alex Grossert (aGro), Maren Wenzel (mac), Rolf van Raden (rvr), Linda Gerner (Gerne), Daniel Kerekes (DanKe), Teresia Minjoli (ttm)  
**Comic:** Sebastian Happ  
**V.i.S.d.P.:** Linda Gerner (Gerne)  
**Auflage/Druck:** 5.000 / Megadruck, Westerstedde  
**E-Mail:** redaktion@akduell.de  
**Web:** www.akduell.de  
**Fon:** 0201/1833134

## SUDOKU – HIRNAKROBATIK

		7	9	2	1			
4		3	6				1	
1								8
3					5	8	2	
	7			3			9	
	9	5	2					1
8								9
	3				9	6		2
				5	6	4	3	

## HLP! #41: LOCKE IN DOWN UNDER: WOOFING!

